Der Bundestagsabgeordnete fühlt sich "persönlich betroffen"

Grünen-Abgeordneter Kindler: Atomkraftwerk Grohnde ist sehr störanfällig - 220 meldepflichtige Zwischenfälle!

Hameln/Grohnde (wbn). Der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler hegt beträchtliche Zweifel am Sicherheitsstandard des AKW in Grohnde.

Während die Betreiber des Atomkraftwerkes Grohnde den Sicherheitsstandard dieser Anlage im Weserbergland als besonders hoch anpreisen, widerspricht der Grünen-Abgeordnete in einer Erklärung gegenüber den Weserbergland-Nachrichten.de Kindler: „Das AKW Grohnde hat sich mit rund 220 meldepflichtige Zwischenfällen als sehr störanfällig erwiesen“. Kindler hat bei der Abstimmung im Bundestag gegen die 11. Atomgesetznovelle gestimmt und dazu folgende persönliche Erklärung abgegeben, die von den Weserbergland-Nachrichten.de nachfolgend auszugsweise wiedergegeben wird: „Ich stimme gegen die 11. Atomgesetznovelle, die eine Laufzeitverlängerung für alle Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland vorsieht, weil ich aus demokratischen, ökologischen und sozialen Gründen gegen Atomkraft bin und auch persönlich von der Laufzeitverlängerung betroffen bin. In meiner Region liegt das AKW Grohnde, das besonders viele Mängel aufweist. Es ist unverantwortlich die Laufzeit des AKW Grohnde zu verlängern.“

Auch wenn der Reaktor in Grohnde eine so genannte „Vor-Konvoi-Anlage“ ist, die häufig von den Betreibern als besonders sicherer Reaktortyp angepriesen wird, ist das AKW angesichts seines vergleichsweise geringen Alters mit rund 220 meldepflichtigen Zwischenfällen sehr störanfällig. Im Jahr 1996 gab es einen Störfall der sogenannten „INES-Stufe 1“, bei dem ein Drucklassventil falsch geöffnet wurde. Allein im Juli 2005 kam es wegen verschiedener Störungen zweimal zu einer Reaktorschnellabschaltung. Das AKW Grohnde ist zwar gegen den Absturz eines Militärflugzeugs des Typs „Phantom“ ausgelegt. Dem Absturz schwerer Maschinen, etwa einem Passagierflugzeug, würde es nicht Stand halten.

Die Abschaltung des Reaktors ist nach Atomausstiegsgesetz für 2017 zu erwarten. Jetzt soll er bis nach 2030 in Betrieb bleiben. Das hätte unter anderem zur Folge, dass das genehmigte Zwischenlager neben dem Reaktor zu klein würde. Es müsste erweitert werden, was ich als eine vermeidbare und schwerwiegende Erhöhung der Risiken bewerte. Die

29. Oktober 2010 - MdB Kindler: 220 meldepflichtige Zwischenfälle im Atomkraftwerk Grohnde

Geschrieben von: Lorenz

Freitag, den 29. Oktober 2010 um 11:40 Uhr

Laufzeitverlängerung führt nicht nur beim AKW Grohnde, sondern auch bei den anderen 16 AKW zu mehr gefährlichem Atommüll und stellt eine unverantwortbare Hypothek für kommende Generationen dar...“